Daten-Blackout!

Wahrung der Rechte und Interessen Dritter bei Auskunft und Kopieherausgabeansprüchen nach der DSGVO

von Johanna Voget

Der Auskunfts- und Kopieherausgabeanspruch des Betroffenen aus Art. 15 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) bietet in vielen Aspekten eine Bühne für rechtlichen und praktischen Diskurs. Mittelbar ist den Ansprüchen eine weitergehende datenschutzrechtliche Problematik immanent: Im Rahmen der Erfüllung der Ansprüche durch den Verantwortlichen muss auf die personenbezogenen Daten Dritter Rücksicht genommen werden, um nicht wiederum einen Verstoß gegen die Vorgaben der DSGVO durch die Verletzung der Rechte Dritter zu begründen. In diesem Infobrief soll ein Überblick über die Anforderungen an die Wahrung der Drittinteressen gegeben werden und konkrete Ausgestaltungsmöglichkeiten, wie die **Schwärzung der Daten**, diskutiert werden.

I. Auskunft und Kopieherausgabe nach Art. 15 DSGVO

Zur Erinnerung: In der Vergangenheit beschäftigten sich bereits mehrere DFN-Infobriefe im Rahmen des Beschäftigtendatenschutzes mit den Ansprüchen des Betroffenen auf Auskunft nach Art. 15 Abs. 1 und auf Herausgabe der Datenkopien nach Art. 15 Abs. 3 DSGVO.¹ Der Auskunftsanspruch umfasst auch gesundheitsbezogene persönliche Daten, wie der Erwägungsgrund 63 zur DSGVO ausdrücklich klarstellt. Auch zu den datenschutzrechtlichen Fragen im Gesundheitskontext informierte der DFN-Infobrief zuletzt in der Ausgabe des vergangenen Monats.² Der Inhalt und die Reichweite der Ansprüche sind in vielen Punkten hochumstritten.³

Zu der Frage, wie weit der Anspruch aus Herausgabe von Datenkopien reicht, vertritt eine extensive Ansicht, dass der betroffenen Person sämtliche sie betreffenden Daten in der Rohfassung als Kopie zu übermitteln sind. Abs. 3 vermittele folglich einen

eigenständigen Anspruch und werde nicht durch den Umfang des Auskunftsanspruchs nach Art. 1 begrenzt.

Dagegen spricht sich eine restriktive Ansicht dafür aus, dass Abs. 3 lediglich eine besondere Form der Auskunft darstelle, und daher nicht weitergehen könne als der Anspruch auf Auskunft.⁴ Jüngst erging eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) (Urteil v. 12.01.2023 – C-154/21) zu der Frage, ob der Verantwortliche im Rahmen des Auskunftsanspruchs die konkrete Identität oder nur die Kategorie von Empfängern offenzulegen hat, an die er die personenbezogenen Daten des Betroffenen weitergegeben hat.

Das oberste europäische Gericht schloss sich den Ausführungen des Generalanwalts an und stellte fest, dass das Recht der betroffenen Person auf Auskunft über die sie betreffenden personenbezogenen Daten auch umfasst, dass der Verantwortliche, wenn diese Daten gegenüber weiteren Empfängern preisgegeben worden sind oder noch offengelegt werden, verpflichtet ist, dem Betroffenen die konkrete Identität der Empfänger mitzuteilen.

1 Siehe hierzu Voget, Work Data Balance: Der Beschäftigtendatenschutz, DFN-Infobrief Recht 11/2022; Gielen, 2020: Odyssee im Beschäftigtendatenschutz, DFN-Infobrief Recht 05/2021.

2 Siehe hierzu, Müller, Datenschutz auf Rezept, DFN-Infobrief Recht 02/2023.

3 https://www.bfdi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/DSK/Kurzpapiere/20170726_Kurzpapier_6_Auskunftsrecht.pdf?blob=publicationFile&v=6 (zuletzt abgerufen am: 01.02.2023).

4 Siehe hierzu Voget, Work Data Balance: Der Beschäftigtendatenschutz, DFN-Infobrief Recht 11/2022.

Weitestgehend unproblematisch, aber für die Betroffenen nicht minder von Relevanz sind die formalen Fragen nach den Kosten und der Form, in der die Ansprüche erfüllt werden müssen. Die Daten sind dem Betroffenen grundsätzlich in der Form, wie sie dem Verantwortlichen vorliegen, bereitzustellen. Eine Verpflichtung zur Aufbereitung und Zurverfügungstellung in einer bestimmten Form besteht mithin nicht. Art. 15 Abs. 3 S. 3 DSGVO bestimmt hierzu lediglich, dass die Auskunft und Kopien der Daten in einem gängigen elektronischen Format zu erteilen sind, wenn der Betroffene den Antrag in elektronischer Form gestellt hat, sofern sich nicht aus den Umständen etwas anderes ergibt. In zeitlicher Hinsicht ist der Verantwortliche gem. Art. 12 Abs. 3 DSGVO verpflichtet, der betroffenen Person die Informationen unverzüglich, in jedem Fall aber innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags zur Verfügung zu stellen. Diese Frist kann um weitere zwei Monate verlängert werden, wenn dies unter Berücksichtigung der Komplexität und der Anzahl von Anträgen erforderlich ist. Der Verantwortliche ist in diesem Fall jedoch verpflichtet, den Betroffenen innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags über eine Fristverlängerung, zusammen mit den Gründen für die Verzögerung zu unterrichten.

Die Auskunft ist gem. Art. 12 Abs. 5 S. 1 DSGVO grundsätzlich unentgeltlich zu erteilen. Nur in den Ausnahmefällen des Art. 12 Abs. 5 S. 2 DSGVO, bei offenkundig unbegründeten oder exzessiven, wiederholten Anträgen, kann ein Entgelt erhoben werden oder sogar eine Weigerung der Auskunftserteilung erfolgen. Auch die erste Kopie im Rahmen des Kopieherausgabeanspruchs ist stets unentgeltlich herauszugeben. Gem. Art. 15 Abs. 3 S. 2 DSGVO kann für jede weitere Kopie sodann ein angemessenes und auf Grundlage von Verwaltungskosten zu bestimmendes Entgelt gefordert werden.

II. Schranke: Rechte und Interessen Dritter

So viel zu den Rechten des Betroffenen auf Auskunft und Herausgabe von Kopien seiner Daten gegenüber dem Verantwortlichen. In der Praxis bedeutsam sind diese Ansprüche aber nicht nur für den unmittelbar Betroffenen. Vielmehr stellt sich die Frage, welche Auswirkungen die Rechte des Betroffenen für Dritte haben, deren eigene personenbezogene Daten wiederum in den herauszugebenden Unterlagen enthalten sind. Was ist also zu

beachten, wenn Dritte durch die Ansprüche des Betroffenen in ihren eigenen Rechten betroffen werden?

Wie muss mit den Daten Dritter umgegangen werden, um in Erfüllung der Ansprüche des Betroffenen keine erneute Verletzung von Vorschriften der DSGVO hervorzurufen?

Art. 15 Abs. 4 DSGVO normiert hierzu schlicht, dass das Recht auf Erhalt einer Kopie die Rechte und Freiheiten anderer Personen nicht beeinträchtigen darf. Der Anspruch auf Kopieherausgabe wird also abstrakt durch das Verbot der Beeinträchtigung von Drittinteressen begrenzt.

Um den allgemein gehaltenen Wortlaut der Norm zu konkretisieren und für die Praxis mit Leben zu füllen, ist zunächst der Anwendungsbereich des Art. 15 Abs. 4 DSGVO zu bestimmen.

Als „andere Personen“ gelten alle Personen außer der Betroffene selbst. Von dem Verbot der Beeinträchtigung sind jegliche Rechte Dritter, auch die juristischer Personen, erfasst.

In Erwägungsgrund 63 zur DSGVO findet sich eine beispielhafte Aufzählung möglicher Drittinteressen, die Geschäftsgeheimnisse oder das Recht des geistigen Eigentums, insbesondere das Recht an Software, umfasst. Handelt es sich bei den geforderten Informationen also um Geschäftsgeheimnisse des Verantwortlichen, müssen diese nicht im Rahmen des Kopieherausgabeanspruchs offengelegt werden, da insofern das Recht des Arbeitgebers „beeinträchtigt“ ist.

Darüber hinaus ist auch das Geheimhaltungsinteresse von Hinweisgebern (Whistleblower) erfasst. Die Auskunft über die Identität von Hinweisgebern darf danach dann verweigert werden, wenn eine Abwägung ergibt, dass ihre Rechte gegenüber dem Informationsanspruch der betroffenen Person überwiegen.⁵ Dabei ist zu berücksichtigen, ob dem Informanten eine vertrauliche Behandlung seines Hinweises zugesichert worden ist und ob der Verantwortliche zur Aufdeckung bestimmter Normverletzungen auf solche Hinweise angewiesen ist. Dagegen hat der Informant auch bei Vorliegen einer solchen Zusicherung kein Recht auf Geheimhaltung seiner Identität, wenn hinreichende Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass er wider besseres Wissen oder leichtfertig falsche Angaben gemacht hat.

Im Grundsatz ist jedoch bei jedem personenbezogenen Datum ein Recht des Dritten in Gestalt des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung nach Art. 8 Grundrechte-Charta (GrCh) und Art. 2 Abs. 1 iVm Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz (GG) betroffen. Die Auskunft kann mithin soweit verweigert werden, wie damit

⁵ LAG Baden-Württemberg, NZA-RR 2019, 242.

gesetzliche Verschwiegenheitspflichten verletzt werden, vgl. § 29 BDSG.⁶

Wann und ab welcher Intensität von einer Beeinträchtigung ausgegangen wird, bestimmt Abs. 4 nicht. Daher ist stets eine umfassende Prüfung und Abwägung im Einzelfall vorzunehmen, ob durch die Erfüllung des Anspruchs tatsächlich Rechte und Freiheiten Dritter betroffen sind.

Erforderlich ist eine konkrete Kollisionslage, die Besorgnis um die Gefährdung der Rechte genügt nicht. Darlegungs- und beweisbelastet ist insoweit der für die Datenverarbeitung Verantwortliche. Das Fehlen allgemeingültiger Vorgaben führt in der Praxis oftmals zu erheblicher Rechtsunsicherheit.

Darüber hinaus gilt die Schranke nach dem Wortlaut des Art. 15 Abs. 4 DSGVO nur für den Anspruch auf Kopieherausgabe nach Art. 15 Abs. 3 DSGVO.

Fraglich ist, ob eine analoge Anwendung des Abs. 4 auch auf die Abs. 1 und 2 des Art. 15 DSGVO, also auf die Auskunftserteilung und die Übermittlung von personenbezogenen Daten an internationale Organisationen oder ein Drittland, geboten ist. Ein Teil der Literatur vertritt hierzu, dass es sich um einen Redaktionsfehler des Gesetzgebers handeln müsse und nach dem Sinn und Zweck des Abs. 4 der Schutz von Drittinteressen auch bei dem Auskunftsanspruch nach Abs. 1 erforderlich ist. Dagegen wird eingewandt, dass der Gesetzgeber trotz Offenkundigkeit der Problematik nicht tätig geworden sei, es sich also nicht um eine planwidrige Regelungslücke handele und eine analoge Anwendung daher ausscheide.

III. Praktische Umsetzung: Entfernung und Schwärzung

Der Erwägungsgrund 63 zur DSGVO stellt ausdrücklich fest, dass die Schranke des Verbots der Beeinträchtigung von Drittinteressen nicht dazu führen darf, dass der betroffenen Person die Auskunft vollumfänglich verweigert wird. Sollte die Prüfung ergeben, dass durch die Kopieherausgabe Rechte oder Freiheiten Dritter beeinträchtigt werden, hat der Verantwortliche mithin

die betroffenen Informationen aus der Auskunft zu entfernen, um in der Folge seiner Verpflichtung zur Herausgabe der Daten an den Betroffenen ohne datenschutzrechtlichen Verstoß gegenüber dem Dritten nachkommen zu können.

Die Entfernung der Daten kann in der Praxis bei konventioneller analoger Datenverarbeitung durch Schwärzung der Daten Dritter vor der Bereitstellung der Kopie durch den Verantwortlichen erfolgen.⁷ Bei automatisierter Datenverarbeitung ist die Herstellung einer elektronischen Teilkopie möglich, wenn es sich nicht um Daten mit doppeltem oder mehrfachem Personenbezug handelt. Im Rahmen des digitalen Schwärzens von Dokumenten müssen gewisse Anforderungen erfüllt sein, um sicher zu gewährleisten, dass die geschwärzten Informationen nicht mehr lesbar sind und nicht wiederhergestellt werden können.⁸

Hierbei stellt sich im Anschluss die Frage, ob der Grund der Schwärzung angegeben werden muss, damit dies für den Betroffenen nachvollziehbar wird. Dagegen spricht der Umstand, dass der ohnehin durch Schwärzung bzw. Filterung und Entfernung der Daten bestehende Organisationsaufwand für den Verantwortlichen durch eine zusätzliche Begründungspflicht noch vergrößert wird.

IV. Bedeutung für Hochschulen

Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind als Arbeitgeber oftmals selbst Adressaten der Ansprüche auf Auskunft und Kopieherausgabe ihrer Beschäftigten als Betroffene im datenschutzrechtlichen Sinne. Dabei ist der rechtmäßige Umgang mit Daten Dritter essentiell, um Verstöße gegen die DSGVO und damit verbundene Bußgelder bzw. Schadensersatzansprüche zu vermeiden.

Abzuwarten bleibt die nach dem Koalitionsvertrag avisierte eigenständige Ausgestaltung des Beschäftigtendatenschutzes in einem neuen Gesetz, durch die einige der rechtlichen Unsicherheiten im Rahmen des Auskunfts- und Kopieherausgabeanpruchs beseitigt werden könnten.

⁶ https://www.lida.bayern.de/media/themen/infoblatt_fuer_verantwortliche_zu_auskunft.pdf.

⁷ In Abgrenzung zu dem ebenfalls hochrelevanten Themenfeld der Anonymisierung von personenbezogenen Daten, instruktiv: Müller, Datenschutz auf Rezept, DFN-Infobrief Recht 02/2023; sowie zu den Anforderungen an die Anonymisierung: https://www.bfdi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Konsultationsverfahren/1_Anonymisierung/Positionspapier-Anonymisierung.pdf?__blob=publicationFile&v=5; <https://www.dataguard.de/blog/pseudonymisierung-und-anonymisierung-in-dsgvo-und-datenschutz>.

⁸ <https://www.dpc-datenschutz.de/datenschutzkonformes-digitales-schwaerzen-von-dokumenten/>; <https://helpx.adobe.com/de/acrobat/using/removing-sensitive-content-pdfs.html>.